

Einleitung

Susan Neiman

Dieses Buch entsprang einer von Emily Dische-Becker, Direktorin der Diaspora Allianz in Berlin, Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, und mir als Direktorin des Einstein Forums in Potsdam konzipierten Tagung, die im Juni 2022 im Berliner Haus der Kulturen der Welt stattfand. Wir kamen über die Aktion GG 5.3: *Weltoffenheit* zusammen, die gegründet worden war, um gegen die Anwendung des 2019 vom Bundestag verabschiedeten sogenannten BDS-Beschlusses zu protestieren. Dieser Beschluss, alle Kultureinrichtungen der Bundesrepublik auf eine mögliche Nähe zur BDS-Bewegung hin zu prüfen, hatte die Direktoren von 36 führenden Institutionen alarmiert. Die *Boycott, Divestment, Sanctions*-Bewegung wurde von Palästinensern ins Leben gerufen, um eine Alternative zum Terror aufzubauen. Im Jahr 2019 wurde die Bewegung, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland praktisch unbekannt war, von der israelischen Regierung und anderen als antisemitisch eingestuft.

Mit Hilfe des gefährlich unbestimmten Begriffs »BDS-Nähe« könnte potenziell jeder, der sich Sorgen um die Rechte der Palästinenser macht, als antisemitisch abgestempelt werden. Würde man den vagen Kriterien des Beschlusses folgen, dürften weder Albert Einstein noch Hannah Arendt im heutigen Deutschland eine öffentlich finanzierte Bühne in Deutschland betreten, weil beide starke und offene Kritiker der damaligen israelischen Gewalt gegenüber Palästinenser waren. Wegen solcher Aussagen wurde *Weltoffenheit* Zielscheibe einer überraschenden Zahl von Anschuldigungen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags lieferte einen Bericht, der die Resolution als »politische Meinung« abstufte, weil sie als Gesetz nicht mit dem Grundgesetz vereinbar wäre. Dennoch dauern die Vorwürfe, Kritik an der Resolution sei antisemitisch, bis heute an.

Überrascht von der Vehemenz der Proteste gegen den BDS-Beschluss bemühten sich viele Verteidiger der betroffenen Kultureinrichtungen zu bewei-

sen, dass sie keine Antisemiten waren; sie wollten lediglich die Freiheit von Kunst und Wissenschaft aufrechterhalten. Solche Strategien ließen die Frage offen: Ist die Erhaltung der Freiheit wichtiger als die Bekämpfung des Antisemitismus, dessen extreme Folgen wir vom Holocaust kennen? Die Autoren dieses Bandes möchten aber nicht die Gefahren des Antisemitismus gegen diejenigen der Einschränkung der Meinungsfreiheit aufwiegen. Wir nehmen beide ernst. Es geht uns vielmehr darum, ob das, was als Antisemitismus kritisiert wird, tatsächlich antisemitisch ist. Die meisten Vorwürfe gehen davon aus, dass es eine unantastbare wissenschaftliche Definition des Antisemitismus gibt. Dies ist nicht der Fall, wie mehrere Autoren dieses Bands zeigen: Die I.H.R.A.-Arbeitsdefinition des Antisemitismus, die viele Kritiker der israelischen Politik als antisemitisch erklärt, wurde als politisches Projekt ins Leben gerufen. Einer ihrer Hauptautoren, der US-amerikanische Autor und Rechtsanwalt Kenneth Stern, hat die Definition inzwischen desavouiert. Denn die I.H.R.A. definiert Antisemitismus als »eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann.« Diese erstaunlich vage und hilflose Erklärung sollte durch Beispiele geklärt werden. Problematisch ist daran, dass die Mehrheit der Beispiele die Ablehnung der israelischen Politik betreffen, nicht die Ablehnung von Juden. Kein Wunder, dass der Staat Israel versucht, diese Definition anderen Ländern aufzuzwingen.

Noch störender war die Abwesenheit der Frage: *cui bono?* Wer profitiert davon, führende kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen als antisemitisch zu diskreditieren? Diese Frage stellt sich besonders angesichts des Umstands, dass die ursprüngliche Resolution ausgerechnet von der AfD in den Bundestag gebracht worden war.

Auch nach deren erstmaligen Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 stand die Rechtspartei stark unter Vorwürfen, sich Nazi-Gedankenguts zu bedienen, was unter vielem anderen zu Querelen bei der Platzordnung führte: Keine der anderen Parteien wollte neben der AfD sitzen. Vor diesem Hintergrund war die AfD-Resolution, welche die BDS-Bewegung aus Deutschland verbannen sollte, ein kluger Versuch, sich einen Persilschein auszustellen. Einige AfD-Wahlplakate waren sogar mit Fotos von Binyamin Netanyahus Sohn Yair versehen, samt dessen Behauptung, mit der AfD würde Europa »frei, demokratisch und christlich werden«. Die Interessen beider Seiten waren dabei bedient: Die AfD will Muslime aus Europa vertreiben, der Zionist will Juden nach Israel bewegen.

Aber noch gefährlicher als die antimuslimischen Töne, die deutlich aus der AfD zu vernehmen waren, war der Versuch, sich durch die Verteidigung der is-

raelischen Regierung Distanz von den Neonazis zu verschaffen. Einst war der Antisemitismus eine Haltung, die meist rechts verordnet war. Ob bei Kosaken, Ku-Klux-Klan oder Nazis, der Judenhass wuchs auf einem rechtsnationalistischen Boden, der auch *People of Color* ausschloss. Wie Gilbert Achcar zeigt, wurden Juden bis tief ins 20. Jahrhundert als nicht-weiß kodiert. Seit zwei Jahrzehnten gibt es eine überraschende Entwicklung: Rechtsparteien, die deutlich rassistische Züge zeigen, sich aber auch als Akteur gegen den Antisemitismus darstellen.

Die am 30.4.2019 von der AfD in den Bundestag gebrachte Resolution war also ein geschickter Schachzug. Plötzlich mussten andere Parteien befürchten, als weniger judenfreundlich als die AfD dazustehen – eine Partei, dessen damaliger Co-Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland im Jahr 2018 die Nazizeit bekanntlich als »Vogelschiss« bezeichnet hatte. Meinungsforscher stellen immer wieder fest, dass AfD-Mitglieder am häufigsten antisemitischen Aussagen zustimmen. Es wurde leider niemals gefragt, weder im Bundestag noch in der Presse, warum eine Partei, die hart am Rand des Rechtsradikalismus steht, eine solche Resolution vorschlägt. Die anderen Parteien ließen sich einschüchtern. Die Vorstellung, antisemitisch genannt zu werden, führte die fünf anderen Parteien flugs dazu, am 15.5.2019 eine ähnliche Resolution zu verabschieden.

Die Taktik der AfD ist so neu, wie sie international verbreitet ist. Der Rechtsnationalismus wäscht sich vom Vorwurf der Faschismusnähe rein, indem er sich der Interpretation des Massenmordes an den Juden als singuläres Menschheitsverbrechen anschließt. Die Rechten, die in Wahrheit fraglos ganz klassische Antisemiten sind, haben sich dabei einem Kampf gegen den Antisemitismus verschrieben, dessen Prüfstein die bedingungslose Loyalität zu Israel ist. Als uns allmählich klar wurde, wie verbreitet diese Taktik ist, haben Emily Dische-Becker, Stefanie Schüler-Springorum und ich beschlossen, eine Tagung zu veranstalten, die die Instrumentalisierung des Antisemitismus in 17 Ländern untersucht.

Schon die Ankündigung der Tagung wurde von einigen als mutig eingestuft, während andere sie selbst des Antisemitismus verdächtigten. Letztere Reaktion spiegelte genau die Probleme wider, die wir untersuchen wollten. Die bloße Frage danach, warum die Rechten sich plötzlich mit Verweis auf den Holocaust als treueste Verteidiger Israels darstellen, wurde als antisemitisch abgetan. Dennoch waren die ersten Medienechos nach der Konferenz insgesamt positiv. Über vier Tage hinweg diskutierten 40 Redner verschiedene Aspekte der Instrumentalisierung von Erinnerungspolitik. Wir nahmen die

Mechanismen der hier skizzierten Instrumentalisierung in den Blick, analysierten die jeweiligen Besonderheiten und Verwerfungen in verschiedenen Ländern und versuchten, etwaige transnationale Dynamiken und Radikalisierungen herauszuarbeiten. Die Tagung war gut besucht, die Gespräche waren lebhaft, die Meinungsunterschiede wurden nicht polemisch. Da bis dahin niemand die Problematik untersucht hatte, kamen mehrere Zuhörer extra aus New York und Tel Aviv angereist. Und da etwa die Hälfte des Publikums jüdisch war, konnten wir am Dach des Hauses der Kulturen der Welt beim Sonnenuntergang einen Schabbat Gottesdienst, geleitet von Peter Beinart, genießen.

Gegen Ende der Tagung gab es dennoch einen Eklat. Zwei der Beiträgen, der Historiker Jan Grabowski und der Autor Konstanty Gebert, beide Juden aus Polen, lasen einen kurzen Text vor, der die Rede von Tareq Baconi als unangebracht kritisierte. Das hätte keine schweren Folgen haben müssen, es wurde aber von einem Journalisten des Springer-Verlags aufgegriffen und dazu benutzt, die gesamte Tagung zu diskreditieren. Danach wurde sie u.a. auch von dem Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland angegriffen. Das ging so weit, dass er vor dem Bundestag einen »selbstreinigenden Prozess der Kultureinrichtungen« forderte, samt Absetzung der verantwortlichen Direktoren. Weil die mediale Behandlung der Tagung selbst von Interesse sein mag, wird ein Beitrag von Gebert und Grabowski, der die Vorgänge aus deren Sicht beschreibt, in diesem Band nach dem Beitrag von Baconi abgedruckt.

So wurde die Tagung, die wesentlich in diesem Band wiedergegeben wird, zum Objekt des philosemitischen McCarthyismus, der in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland stetig gewachsen ist. Sie fand anderthalb Jahre vor dem grausamen Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 statt. Einige Autoren wollten ihre Beiträge aktualisieren, um die Folgen des Massakers zu berücksichtigen. Doch die meisten Beiträge wurden vor dem Krieg geschrieben und stehen als Zeugen eines Problems, das durch Massaker und Krieg nur größer, aber nicht wesentlich anders, geworden ist. Die Themen, die wir auf der Konferenz behandelten, erweisen sich auch heute als erstaunlich aktuell.

Wie der israelische Journalist Gideon Levy der *Berliner Zeitung* sagte: »Zu behaupten, jede Kritik an Israel sei antisemitisch, ist äußerst effektiv. Dann dreht sich der ganze Diskurs um eure Verbrechen, nicht um unsere. Diese Strategie wirkt. Sie hat Europa und besonders Deutschland gelähmt. Es ist ein zynisches, aber effektives Propagandamittel.«

Leider hat die zweite Amtszeit von Donald Trump sehr deutlich gemacht, was wir damals umrissen haben: die gefährliche Macht der Instrumentalisierung eines echten Problems, des Antisemitismus, für Zwecke, die man nur noch perfide nennen kann. Donald Trump als Beschützer der Juden: Wer hätte das gedacht? Sicherlich niemand, der sich daran erinnert, wie er vor nicht langer Zeit Fackeln tragende Neonazis abfeierte. Als letztere 2017 mit der Parole »Juden werden uns nicht ersetzen« in Virginia aufmarschierten, konstatierte der damalige Präsident, es gebe »sehr feine Leute auf beiden Seiten«. Seit Jahren bedient er sich antisemitischer Stereotype und unterstützt prominente Ku-Klux-Klan Mitglieder und Holocaust-Leugner. Insofern war sein Kommentar zum Anschlag von Charlottesville, als ein Neonazi in eine Menschenmenge fuhr, eine Frau tötete und 19 Menschen verletzte, wenig überraschend. Die große Mehrheit amerikanischer Juden hatte schon damals seinen Antisemitismus durchschaut. In den drei Wahlkämpfen Trumps, die wir nun hinter uns haben, haben sie jeweils mit 70–75 Prozent demokratisch gewählt. Trump hat sich darüber beschwert: Warum sind die Juden so undankbar, nach allem, was er für sie getan habe? Offensichtlich wusste er nicht, dass eine Mehrheit amerikanischer Juden die rechteste israelische Regierung aller Zeiten genauso ablehnt wie die Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaat, ob in Amerika oder Israel.

Nun versucht er, die großen Universitäten der USA an die Kandare zu nehmen – unter dem Vorwand, sie seien antisemitisch. Seine Motive sind vielfältig. In seinem ersten Wahlkampf sagte er öfters: »Ich liebe ungebildete Leute.« Lügen sind natürlich leichter zu durchschauen, wenn man einen robusten Begriff von Wahrheit hat – den man an Universitäten lernen kann. Dazu kommt: Selbst als Präsident bekam Trump die Verachtung der Bildungseliten zu spüren. Als das Weiße Haus 2017 das Guggenheim-Museum um die Leihgabe eines Van-Gogh-Gemäldes bat, bot das Museum stattdessen ein vergoldetes Klo an. Kontrolle über Universitäten wie Harvard auszuüben, wäre Trumps exquisite Rache.

Es gibt noch bessere Gründe für Trump, sich als Antisemitismus-Bekämpfer aufzuspielen. Denn wer »für die Juden« ist, kann doch kein Nazi sein, oder? So banalisiert man allerdings den Faschismusbegriff völlig. Bis heute scheinen wenige begriffen zu haben, dass die bedingungslose Unterstützung der Interessen der israelischen Regierung auch dazu dienen kann, andere Formen des Rassismus salonfähig zu machen. Trump zeigt genau, wie das gemacht wird.

Vor allem in Deutschland wird darauf bestanden, dass Antisemitismus nicht eine Form des Rassismus sei – als ob Rassismus nicht schon übel genug

wäre. Die Debatte über die Singularität des Judenhasses gibt es auch unter Juden. Nationalistische Juden behaupten, dass es nie zuvor ein vergleichbares Verbrechen gab, genauso wie nationalistische Afroamerikaner, etwa Afro-pessimisten, behaupten, dass die rassistischen Verbrechen gegen Schwarze älter, schwerer und dauerhafter als alle anderen sind. Für Universalisten, ob jüdisch, schwarz oder sonst was, ist solche Opferkonkurrenz aber unsinnig: Sie schwächt die Solidarität, die wir brauchen, um gemeinsam gegen alle Formen des Rassismus zu kämpfen.

Seit der deutschen BDS-Resolution 2019 werden ständig mehr Antisemitismusbeauftragte berufen, ständig neue Resolutionen verabschiedet. Obwohl keine von ihnen mit dem Grundgesetz vereinbar ist, haben sie eine fatale Wirkung: Sie schaffen vorauseilenden Gehorsam unter verängstigten, wohlmeinenden Kulturbeamten. Deutsche Ängste sind verständlich. Jahrzehnte waren nötig, bis die (West)Deutschen ihre Haltung als Opfer des 2. Weltkriegs zugunsten der Rolle der Täter aufgaben. Heute gehen einige so weit, sich selbst als Tätervolk und ihr Land als Täternation zu bezeichnen. Wer so denkt, kann sich die Juden nur noch als Opfervolk vorstellen.

Doch die großen deutsch-jüdischen Denker, von Moses Mendelssohn bis Hannah Arendt, haben die Juden nie als Opfervolk betrachtet. Sie alle standen fest in der universalistischen jüdischen Tradition, die im 2. Buch Moses verankert wird: Weil wir Fremde in Ägypten waren, sagt der Herr, wissen wir, wie das Fremdsein sich anfühlt, und sollen die Fremden beschützen. Universalistische Juden wie Mendelssohn, Einstein, Benjamin oder Arendt werden mit Straßennamen, Briefmarken und Ausstellungen geehrt, während ihre politischen Überzeugungen vergessen sind. Denn jeder, der heute von universellen Menschenrechten spricht, muss auch von den Palästinensern sprechen, deren Rechte täglich mit Füßen getreten werden – mithilfe von deutschen und amerikanischen Waffen, die angeblich zum Schutz der Juden geliefert werden müssen. Wer dagegen protestiert, gilt in Deutschland als antisemitisch – oder, wenn sie jüdisch sind, als etwas weniger jüdisch, denn echte Juden fügen sich in das Opferdasein, das perfekt zum deutschen Täterdasein passt.

Angesichts des historischen Ausmaßes der deutschen Verbrechen gegen die Juden könnte es dennoch als sinnvoll erscheinen, die Sicherheit jüdischen Lebens als oberstes Gebot – nennen wir es Staatsräson – zu betrachten. Wird aber das jüdische Leben in Amerika oder Deutschland durch Maßnahmen wie die Lieferung von Waffen an Israel tatsächlich sicherer?

Dafür gibt es keine Beweise, sehr wohl aber steigende Zahlen von antisemitischen Taten rund um die Welt. Staatlich verordnete Tugenden, Verbote und

Sprachregelungen führen weniger zur Antisemitismusbekämpfung als zu Fragen: Wie kommt es, dass eine kleine Minderheit in der Lage ist, mächtige Länder wie Amerika und Deutschland nach ihren Interessen zu biegen? So werden alte antisemitische Klischees der Weltverschwörung zu neuem Leben erweckt. Es hilft nicht, dass wenige wissen, wer die stärksten Unterstützer der US-amerikanischen Israel-Politik sind: nicht die amerikanischen Juden, sondern die etwa 40 Millionen Evangelikalen sind es, die zu den mächtigsten Beeinflussern in Washington gehören – wie der Beitrag von Philip Gorski zeigt.

Eine alte jüdische Redensart fragt: Mit solchen Freunden, wer braucht noch Feinde? Der Antisemitismus wird nicht wirklich bekämpft, sondern, im Gegenteil, von Maßnahmen gefördert, die angeblich zu seiner Bekämpfung eingesetzt werden. Es geht nicht nur darum, dass Juden besonderen Schutz genießen sollen, während andere Minderheiten diskriminiert, mundtot gemacht, gar deportiert werden. Noch schlimmer sind die Gründe für diese Deportationen: Proteste gegen die mörderischen und menschenrechtswidrigen Bedingungen, die seit Herbst 2023 in Gaza herrschen. Wer die Proteste dagegen als antisemitisch diffamiert, wirft alle Juden mit Netanyahus Regime in einen Topf. Wer soll sich da noch wundern, dass der Antisemitismus steigt?

Die Autoren dieses Bandes gehen nicht davon aus, dass die Instrumentalisierung des Antisemitismus nur auf der politischen Rechten verortet wird. Allerdings eint die Beitragenden die Überzeugung, dass die Erinnerung an die ermordeten Juden Europas nicht denjenigen überlassen werden darf, zu deren Programm weiterhin, wie vor bald hundert Jahren, ethno-nationalistische Politik und rassistische Ausgrenzung zählen.

Teil 1 dieses Buches analysiert das Phänomen der Instrumentalisierung im Allgemeinen, während die Beiträge des zweiten Teils Fallbeispiele in verschiedenen Ländern beschreiben.

Teil 1: Wie instrumentalisiert man ein Verbrechen?

Sander Gilman eröffnet die Tagung mit der Frage: »Wer sind die Nazis? Wer sind die Juden?«, um auf die Beweglichkeit und den Missbrauch von Nazi-Vergleichen hinzuweisen. Er meint, der Holocaust funktioniert inzwischen als freischwebender Signifikant, dessen Bedeutung von der jeweiligen politischen Situation abhängt. Die Begriffe sind heute so sehr in den symbolischen Systemen zerronnen, dass sie wenig mit Nazis oder Juden zu tun haben – aber immer unsere Aufmerksamkeit lenken. Er zeigt, wie sehr die Bedeutungen

sich ändern. Anna Freud z. B. betreute während des Zweiten Weltkrieges in London Kinder, die entweder Teil eines Kindertransports waren oder von dem Bombenblitz betroffen wurden. Dennoch spielten sie »Nazis und Juden«, und jedes Kind wollte Nazi sein. Heute will jeder Jude sein. Auch die gelben Sterne der Ungeimpften zeigen, wie gern diese Opferrolle angenommen wird. Aus diesen und vielen anderen Beispielen schließt Gilman, dass der Holocaust nicht als moralischer Impfstoff funktioniert.

Gilbert Ashcar weist darauf hin, dass das Verständnis von Juden als Weiße ein neues ist. Als Nichtweiße waren Juden immer Zielscheibe der europäischen Rechten. Erst das schlimmste Unglück der jüdischen Geschichte, der Holocaust, hat zur Anerkennung der Juden geführt und sie den christlichen Europäern gleichgestellt. Diese Weißwerdung der Juden fiel mit einer Verschiebung der Bedeutung des Holocaust zusammen. Der Holocaust wurde nicht mehr als ein ungeheuerliches Beispiel für die Folgen des Rassismus, sondern als ein Sonderfall verstanden. Die Anerkennung des Staates Israel, der diese Deutung des Holocausts annahm, folgte darauf.

Omer Bartovs Beitrag leitet in der Geschichte des Antisemitismus ein und betont, dass die Bezeichnung von Antisemitismus als »der längste Hass« ahistorisch ist. Juden waren zwar eine ungeliebte Minderheit in einem christlichen Universum, ihre Beziehungen zur nichtjüdischen Welt waren jedoch komplex. So war es erst die Säkularisierung, die es Juden erlaubte, in die europäische Welt einzusteigen, was auch den Beginn des modernen Antisemitismus bedeutete. Ihre Assimilation in die Gesellschaft als separates Volk machte die Juden zu einem bedrohlichen Anderen in einer sich schnell verändernden Welt. Erst in den 1870er Jahren kam der Begriff des Antisemitismus auf. Auch wenn er sich alter antisemitischer Bilder, die aus theologischer Propaganda kommen, bedient, ist der moderne Antisemitismus ein Kind seiner Zeit.

Juden definieren ihr Jüdischsein auf vielfältige Weisen, aber weder der Antisemitismus noch der Holocaust haben die Funktion, die jüdische Identität zu begründen. Der politische Gebrauch von Antisemitismus, der zurzeit von dem Staat Israel ausgeht, ist demnach oft zynisch und nie legitim. Dennoch bleibt Bartov besorgt über den Anstieg des Antisemitismus in Europa – oft als freundlicher Philosemitismus getarnt. Die Behauptung von Israel und seinen Verteidigern, dass Kritik an der israelischen Politik antisemitisch sei, feuert die Argumente der Antisemiten an.

Antony Lerman erzählt die Geschichte der I.H.R.A.-Definition des Antisemitismus und zeigt dabei, wie der Antisemitismus neu definiert wurde. Eine Erosion der Unterstützung für Israel und den Zionismus in den 1980er Jahren

führte zu mehreren Zusammenkünften von Politikern und Intellektuellen. Unter der Schirmherrschaft des israelischen Präsidenten war das Ziel, die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus festzulegen. Vor 1988 wollte Israel sich nicht mit Antisemitismus beschäftigen, wie Lerman aus seiner eigenen Arbeit am Londoner Institute of Jewish Affairs, dessen Schwerpunkt der globale Antisemitismus war, erlebte. Die israelische Regierung hatte kein Interesse daran, jüdische Gemeinschaften vor dem Antisemitismus zu schützen, sondern wollte allenfalls zionistische Emotionen und jüdische Einwanderung fördern. Der Druck, die I.H.R.A.-Definition als international akzeptiert festzulegen, kam aus dieser Ecke. Die Definition, so Lerman, sei weder wissenschaftlich fundiert, forschungsbasiert, betroffenenorientiert oder frei von politischen Erwägungen. Die Selbstdarstellung von Israel als dem immer verfolgten Kollektiv der Juden unter den Nationen kann nur dazu führen, dass Israel der Welt trotzt. Nach der I.H.R.A.-Definition wären mindestens zwei der größten jüdischen Theologen des 20. Jahrhunderts, Abraham Joshua Heschel und Yeshayahu Leibowitz, antisemitisch.

Auch **Avraham Burg** schreibt über die Politisierung des Holocausts in Israel. Der Autor und Politiker, dessen Leben tief mit der Geschichte des Landes verwoben ist, zeichnet nach, wie der Holocaust erst spät zum zentralen Narrativ der israelischen Politik wurde. Für Netanyahu ist jedes Jahr 1938, jeder Feind Hitler. Auch in der Armee ist der Holocaust immer präsent. Burg zeigt, wie diese Prägung auf die israelische Wahrnehmung des 7. Oktobers 2023, dem schlimmsten Massaker der israelischen Geschichte, wirkte. Der Autor von *The Holocaust is Over: We Must Rise from its Ashes* (dt.: *Warum Israel sich endlich von dem Holocaust lösen muss*) schließt mit dem Plädoyer, falsche Vergleiche aus dieser Prägung wachsen zu lassen.

Eran Schaerf problematisiert das Erinnern des Holocausts, sowohl in Israel als auch in Deutschland, in literarischer Form: »Zwei Staaten, die sich gegenseitig versprechen zu erinnern und das Versprechen ausschließlich auf sich beziehen.« Schaerf schreibt einen imaginierten Dialog mit dem Schriftsteller Franz Werfel, der über den Genozid an den Armeniern einen Roman schrieb. Schließlich plädiert der israelische Künstler dafür, Hannah Arendt zu entkanonisieren, damit man sich wieder mit ihr auseinandersetzen kann.

Volkhard Knigge schreibt über die rechte Erinnerungskultur in Deutschland und die Ausweitung der Grenzen des Sagbaren. Früher haben die Rechten den Holocaust verleugnet; dagegen schien es sinnvoll, die Erinnerung daran zu pflegen. Mit dem Umschlagen der Verleugnung des Holocausts in ein Bekennen ist es nicht mehr möglich, einfach an die Erinnerung zu appellieren.

Knigge will die Verleugnung der Realität von Auschwitz, bekannt durch David Irving, nicht verharmlosen, denn noch ist sie virulent. Aber er nutzt seine Erfahrung als langjähriger Direktor der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora, um auf andere Probleme hinzuweisen. Besucher der Gedenkstätten sind u.a. ehemalige Angehörige der SS sowie andere, deren Kleidung auf Nazi-Symbolik anspielen, und sie schreiben Naziparolen in Besucherbücher; Selbstinszenierungen werden wie Trophäen ins Internet gestellt. Ihr Einfluss wird nicht nur auf rechte Terroristen wie die NSU beschränkt. Vor allem seit dem Anstieg der AfD werden Begriffe der Rechte auch durch die Mitte legitimiert. Knigge will das Zauberwort »Erinnern« entzaubern, weil es nicht funktioniert. Erinnern garantiert nicht, dass man die richtigen Lehren aus der Geschichte zieht, wie die Rechte heute zeigen. Stattdessen plädiert er für eine kritische historische Urteilskraft, die überprüfbar ist und produktiver für die Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit – vor allem, weil kritische Urteilskraft uns begreifen lässt, wie gefährdet wir vom Nazi-Gedankengut noch sind.

Auch **Valentina Pisanty** glaubt, dass die Erinnerungspolitik gescheitert ist. Die Erinnerung an die Shoah wird oft mit autoritären Mitteln gefordert, dazu werden die Zeitzeugenberichte sakralisiert. Menschen werden aufgefordert, sich mit Hilfe von Formeln wie »Wir sind alle Anne Frank« mit den Opfern zu identifizieren. Alle Parteien im ehemaligen Jugoslawien formulierten ihre territorialen Ansprüche in einer Opferterminologie, die am Holocaust ausgerichtet war, was nicht half, die Konflikte zu verstehen. Pisanty erinnert, wie andere Autoren, an Tony Judts Behauptung, dass die europäische Eintrittskarte nach dem Ende des Kommunismus die Anerkennung des Holocausts ist. Für Pisanty illustriert diese den Triumph des Liberalismus und das Ende der Geschichte. Sie fragt nach den Gesetzen gegen Holocaust-Leugnung: Ging es den Gesetzgebern um den Kampf gegen Rassismus oder um den Wunsch, interne Konflikte nach außen zu verlagern? Schließlich zeigt die Autorin, wie Gesetze, die die Verharmlosung von sowjetischen Verbrechen in Tschechien, Litauen, Slowenien und Polen verbieten, für eine Relativierung des Holocausts missbraucht werden können.

Jelena Subotić analysiert Antisemitismus als eine Verschwörungstheorie, die zusammen mit anderen rechtspopulistischen Theorien wächst. Die anhaltende Macht des Antisemitismus liegt in seiner Fähigkeit, die Juden zu allen zu machen, wogegen der Antisemit gerade kämpft – sei es Kommunismus oder Kapitalismus, Feminismus oder Multikulturalismus. Derzeit werden Juden zu Symbolen der Zerstörung des Kapitalismus. Dies erläutert sie am Beispiel Ge-

orge Soros, vor allem wegen des globalen Charakters der Anti-Soros Verschwörungen, die von Malaysia über Israel bis in die USA reichen. Die Aufmerksamkeit auf Soros ähnelt der früheren Aufmerksamkeit auf Figuren wie den Rothschilds: Es gibt Juden, die für alle Übel der Welt verantwortlich seien. Neu an diesem Muster ist ein pro-israelischer Antisemitismus, der selten erforscht wird. Politiker wie Orban, Bolsonaro oder Trump benutzen eine neue Strategie: Juden seien, wie Geert Wilders behauptet, »die erste Verteidigungslinie des Westens gegen Islam«. Subotic beschreibt schwedische und belgische Rechtsparteien, die bewusst Israel unterstützen, um ihre antimuslimischen Positionen zu verteidigen und sich von dem Verdacht des Neonazismus zu befreien. Die Affinität der Rechtsparteien zu dem zunehmend national-autoritären Israel machen diese Parteien nicht zu Philosemiten. Eher, so die Autorin, verhüllen sie ihren Antisemitismus mit einer israelischen Fahne.

Tareq Baconi argumentiert, dass der Versuch Israels, der I.H.R.A.-Definition internationale Gültigkeit zu verleihen, nichts mit Antisemitismus zu tun hat. Genauso wie in den Abraham-Abkommen geht es letztlich um Geopolitik, wobei rechte, häufig rassistische Regime nützliche Verbündete eines zunehmend rassistischen Israel sind. Baconi warnt vor Kollateralschaden, der ausgerechnet jüdische Gemeinden als Sündenböcke treffen können. Die israelische Behauptung, dass die UNO und die BDS-Bewegung antisemitisch seien, macht Bemühungen zur Bekämpfung des Rassismus zur Farce. Der Autor protestiert gegen die Unsichtbarkeit der Palästinenser bei relevanten politischen Entscheidungen und die Tatsache, dass die Schuld der Europäer für den Holocaust auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragen wird. Schließlich appelliert er an andere Palästinenser, sich nicht vom Vorwurf des Antisemitismus einschüchtern zu lassen.

Wie in der Einleitung geschildert, hat Baconis Beitrag zu Protest geführt – wie auch zur Verzerrung dieser Proteste in den Medien. Deshalb folgt sein Beitrag einer Aussage der beiden Protestierenden, Konstanty Gebert und Jan Grabowski.

Teil 2: Internationale Beispiele

Susan Neiman beginnt mit einer Würdigung der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung. Schließlich hat kein anderes Land je versucht, seine Verbrechen zum Mittelpunkt seiner nationalen Identität zu erklären, auch wenn es vierzig Jahre gedauert hat, bis Westdeutschland dies tat. Neiman weist darauf hin,

dass der viel geschmähte Antifaschismus der DDR dem Westen in vielerlei Hinsicht voraus war, auch wenn die DDR ihre antifaschistische Geschichte selbst oft instrumentalisierte. Das Narrativ, das sich die DDR zu eigen machte, folgte dem bekannten Gedicht von Martin Niemöller: »Erst holten sie die Kommunisten« usw. Heute wird dieser Fokus als antisemitisch gedeutet; man kann ihn aber auch anders verstehen. Neiman resümiert die Geschichte der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten und zeigt, wie diese Auseinandersetzungen seit 2019 zu einer fatalen Instrumentalisierung führten.

Omri Boehm will die Entführung der Vernunft durch die Erinnerung beschreiben. Dazu resümiert er den Historikerstreit und die daraus resultierende Singularitätsthese, die zum deutschen Konsens gewordene Behauptung, dass der Holocaust unvergleichbar sei. Boehm kritisiert Jürgen Habermas für seine Weigerung, die israelische Politik »als privater deutscher Bürger« zu kommentieren. Schließlich sei der führende deutsche öffentliche Intellektuelle kein Privatbürger. Die Zensur bestimmter Kritik zeigt, wie grundlegende universalistische Prinzipien durch die Autorität der Erinnerung gekapert sind. Nach Boehm ist ein zugleich jüdischer und demokratischer Staat ein Widerspruch in sich. Er argumentiert für die Verwendung des Begriffs »Apartheid«. Habermas' Begriff des Verfassungspatriotismus wird untergraben, wenn die Deutschen die selbstverständliche Wahrheit, dass alle Menschen gleich sind, aufgeben.

Joseph Croituru zeichnet akribisch nach, wie die AfD zum Paradebeispiel des Problems, das von diesem Band untersucht wird, geworden ist. Er beschreibt, wie sie von einer rechtsliberalen EU-skeptischen Partei zu einer rechtsnationalen Partei wurde. Ihre Geschichtspolitik, immer ein AfD-Schwerpunkt, wird von dem Wunsch getrieben, Deutschland von der NS-Geschichte zu befreien – auch wenn sie gewisse Aussagen in diese Richtung nach Kritik milderte. Die Taktik, sich als besonders judenfreundlich zu stilisieren, wird nachgegangen. Schließlich zeigt Croituru, wie der amtierende Antisemitismus-Beauftragte der Bundesrepublik, Felix Klein, der AfD vorschlug, den BDS-Beschluss in den Bundestag zu bringen.

Irit Dekel und **Esra Özyürek** untersuchen die Methoden der »Recherche und Informationsstelle Antisemitismus« (RIAS), der meist zitierten deutschen Quelle für Auskunft über antisemitische Taten. RIAS behauptet, die meisten Vorfälle seien als links, muslimisch und israelbezogen zu verstehen. Dennoch bleiben die Hintergründe äußerst intransparent. Die Logik, welche die jüngsten Zunahmen an Vorwürfe des Antisemitismus unterfüttert, hat sich entwi-

ckelt als Teil einer spezifischen politischen Kultur, die den Holocaust als einzigartiges Gründungsereignis im Nachkriegsdenken sieht und das Gedenken daran als zentral für die deutsche Demokratie. In den Zügen dieser Entwicklung, meinen die Autorinnen, werden ständig neue antisemitische Bedrohungen identifiziert. So sind sie überzeugt, dass die Logik der Zunahme der Vorwürfe an *people of color* – vor allem muslimische Migranten – in der Holocaust-Erinnerungskultur eingeht, um sie gleich als antisemitisch auszuschließen.

David Feldman berichtet von der Schulbildung in Großbritannien, wo der Holocaust nun eine wichtige Rolle spielt, obwohl die britische Regierung des Holocausts lange nur halbherzig gedachte. Er zeigt die Entwicklung des dortigen Gedenkens seit den 90er Jahren, sowohl von Labour als auch von den Tories. Schwerpunkte der Lehre, die Schüler aus dem Holocaust ziehen sollen, seien Toleranz und Empathie, also individuelle Verantwortung. Das soll dazu beitragen, britische Identität zu fordern, da das Land durch viele Einwanderungen aus den ehemaligen Kolonien verändert wurde. Feldman vermisst aber einen Hinweis auf die Rolle des Staats in der Entwicklung des Antisemitismus. Er meint, diese Lücke trägt zur Gleichsetzung von Antisemitismus und Zionismus bei. In Großbritannien ist es leichter, schreibt der Historiker, sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen als mit britischen Formen des Rassismus.

Diana Pinto findet die Metapher des »Kapers« der Holocaust-Erinnerung ungenügend. Für die Fälle Frankreichs und Italiens schreibt sie lieber von Trittbrettfahren. Die Historikerin führt uns durch die (Nach-)Kriegsgeschichte der beiden Länder, die ihre Vergangenheit während der Kriegsjahre auf unterschiedliche Weise verklärt haben. Erst 1995 hat Präsident Jacques Chirac öffentlich gestanden, dass die Deportation französischer Juden nach Auschwitz von dem französischen Staat durchgeführt wurde. Die Nachkriegsordnung in beiden Staaten wurde auf dem Glaubenssatz gegründet, der Widerstand habe den wahren Geist ihrer Nationen verkörpert. Italiens neuen Rechte haben allerdings schon 2003 die faschistischen Rassengesetze von 1938 verurteilt. Bei Marine LePen dagegen fehlt immer noch eine deutliche Anerkennung der Gräueltaten des Holocausts. So meint Pinto, dass Meloni eine bessere Option für Europas neue Rechte sei, jedenfalls im Vergleich zur französischen *Front National*.

Philip Gorski schreibt eine Analyse der christlichen Zionisten, die wichtigsten Unterstützer der US-Israelpolitik. An mehreren Beispielen zeigt er, wie viele Republikaner von einer theologischen bzw. eschatologischen Ideologie angetrieben werden. Die christlichen Zionisten sind ein globales Phänomen, auch wenn sie am stärksten in den USA in Erscheinung treten. So behauptet

tet John Hagee, einer der Begründer der Bewegung, dass die militärische Unterstützung den USA kollektiven Segen verschafft. Die Anziehungskraft des christlichen Zionismus liegt tief in der amerikanischen Geschichte. Die ersten europäischen Siedler verstanden sich als neues, auserwähltes Volk. Erst im 20. Jahrhundert begannen konservative Christen, sich der Apokalyptik anzuschließen. Gorski unterscheidet zwischen verschiedenen Strömen der christlichen Zionisten. Trotz der Versuchung, solche Menschen als irregeleitete religiösen Spinner abzutun, zeigt Gorski, wie einflussreich sie sind. Christlicher Zionismus dient als Schutz gegen Antisemitismusvorwürfe. Dabei verbirgt sich eine Theologie, in der Juden nach der Apokalypse entweder zum Christentum konvertieren oder in die Hölle gehen. Als Gorski seinen Text schrieb, war es noch nicht klar, dass Trumps Botschafter in Israel Mike Huckabee sein wird – ein glühender Anhänger dieser Ideologie.

Nikolai Koposov beschreibt die hochkomplexe Entwicklung des Holocaust-Gedenkens in Russland. Ihm ist klar, dass der Kreml die Shoah massiv dafür nutzt, seine imperialistische Agenda voranzutreiben. Für Moskau ist das Gedenken an den Holocaust vorteilhaft, weil die Nazis viele Verbündete in Osteuropa fanden. Putins Ideologen lassen keine Gelegenheit aus, Polen, Ukraine oder Litauen zu beschuldigen, am Holocaust beteiligt zu sein. Russlands enge Beziehungen zu Israel, die unter Sharon und Netanyahu aufgebaut wurden, trugen auch dazu bei, die Erinnerung am Holocaust zu instrumentalisieren. Zu Sowjetzeiten war der Holocaust nur ein Beispiel unter vielen Instanzen des Massenmordes, den die Nazis an anderen Völkern begangen haben. Koposovs Text ist ambivalent: auch wenn er das jüngste Holocaust-Gedenken in Russland als Fortschritte beurteilt, ist der Zweck des Gedenkens in Putins Russland manipulativ.

Alexander Verchovskij konstatiert, dass Antisemitismus unter russischen Nationalisten zurückgegangen sei. Es gibt viele Hassreden, auch gegen Juden, aber unter den jetzigen Bedingungen seien belastbare Daten unmöglich zu sammeln. Das Zentrum für Information und Analyse (SOVA), dem Verchovskij vorsteht, verzeichnet 184 Urteile öffentlicher Hassreden in der letzten Zeit. Das Thema Holocaust kommt in der Propaganda der Ultrarechten selten zum Vorschein. Einige Beispiele rechter Holocaust-Leugnung werden analysiert. So sieht Verchovskij zwar eine Instrumentalisierung des Holocausts, die selten mit Antisemitismus gekuppelt ist. Allerdings darf niemand den Stalinismus mit dem Nationalsozialismus vergleichen, Juden wurden dafür besonders bestraft. Seit dem 24. Februar 2022 sind allerdings Vergleiche der Handlungen der Kiewer Regierung mit dem Holocaust hoffähig geworden; nach russi-

scher Propaganda rettet Russland die Opfer eines neuen Holocausts. Der Autor meint, durch den ständigen, unangemessenen Gebrauch von Ausdrücken wie »Nazismus« und »Holocaust« wird nur weiterer Antisemitismus hervorgerufen.

Vadyslyva Moskalets schreibt über die Rolle des Holocausts in der Ukraine seit dem russischen Angriffskrieg. Während die russische Propaganda viel Mühe daraufverwendet, das Bild von Ukrainern als Nazis aufzubauen, erleben die Ukrainer die Gräueltaten des Krieges, die den Holocaust wieder ins Gedächtnis rufen, am eigenen Körper. Die Historikerin versucht, diese Diskussionen nachzuzeichnen, sowohl in Bezug auf jüdische Studien als auch außerhalb der Universitäten. Im öffentlichen Diskurs ist der Ausdruck »nie wieder« problematisch geworden, da viele Ukrainer dieses Schlagwort als scheinheilige Phrase verachten. Trotz offensichtlicher Verbrechen gegen die Menschheit ist die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage, angemessen zu reagieren.

Andrea Peto behauptet, der illiberale Staat Ungarns hat keine Ideologie, sondern nur eine Erinnerungspolitik. Dies gilt besonders für die Instrumentalisierung des 2. Weltkriegs. In den Ländern der ehemaligen Sowjetblocks wurde nach 1989 der Antikommunismus zur wichtigsten politische Legitimitätskraft. Demnach waren die Länder doppelte Opfer: erst von der deutschen Besatzung, dann von der sowjetischen. Als Beispiel nimmt sie das wichtige Gedenkjahr 2014, während dessen die ungarische Regierung, jüdische Organisationen, die Zivilbevölkerung und Historiker im Interessenkonflikt standen. Der Absicht der Regierung war, das Erinnern auf die Gesamtgesellschaft auszuweiten, wie es zuvor schon in Polen geschah. Mit der Kanonisierung der Theorie der doppelten Besatzung wurde alle Verantwortung auf die Besatzer geschoben. Bisher haben internationale Organisationen dieses Narrativ der ungarischen Regierung stillschweigend akzeptiert.

Konstanty Gebert zeigt, wie stark antisemitische Propaganda in Polen noch verbreitet ist, bis hin zu der Parole »Die Juden sind die Hyänen des Holocausts«. Dabei wird fälschlicherweise ehemaligen polnischen Juden unterstellt, Geldforderungen in Milliardenhöhe an Polen zu stellen. Diese Unterstellung wurde dann von amtierenden Politikern wie Kaczynski benutzt, um alte polnische antisemitische Klischees zu rehabilitieren. Polen will sich dabei als völlig unschuldig an dem Mord der Juden darstellen, gar jede Verbindung zwischen polnischem Handeln und jüdischem Leid ausräumen oder sogar kriminalisieren, wie zum Beispiel im berühmten Holocaustgesetz. Demnach hat Polen keine dunklen Seiten in seiner Geschichte; das Land sei unschuldiges Opfer von Verleumdungen.

Peter Beinart und **Daniel Cohn-Bendit** haben sich zum ersten Mal getroffen und reflektierten im Gespräch über ihre unterschiedlichen Beziehungen zum Judentum, zum Antisemitismus und zu Israel. Das Gespräch haben wir transkribieren lassen.